

## **PROGRAMM**

Um eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten, werden viele Punkte in diesem Programm in möglichst kurzen Absätzen, bzw. Stichworten dargestellt.

- 1 PRÄAMBEL**
- 2 KAMPF GEGEN EXTREMISMUS**
- 3 BÜRGER UND DEMOKRATIE**
- 4 ÖFFENTLICHE SICHERHEIT**
- 5 WOHNUNGSPOLITIK**
- 6 FAMILIE**
- 7 VERKEHRSPOLITIK**
- 8 WIRTSCHAFT**
- 9 FINANZEN UND VERWALTUNG**
- 10 BILDUNG, SCHULE, KITA**
- 11 SOZIALES**
- 12 ZUWANDERUNG UND INTEGRATION**
- 13 UMWELT**
- 14 KULTUR UND SPORT**

### **1) Präambel**

DIE HANNOVERANER sind eine unabhängige Wählergemeinschaft mit bürgerlich-konservativer Ausrichtung. Sie wollen die politische Gegenwart und Zukunft in der Stadt und der Region Hannover entsprechend den Zielen dieses Programms mitgestalten. Dabei haben sie stets auch das Gesamtwohl Deutschlands im Blick.

Die Zielvorstellung der HANNOVERANER ist eine gesunde und starke Stadt/Region Hannover in einem freien, demokratischen und solidarischen Deutschland. Alle Bürger sollen Anteil haben am gesellschaftlichen Wohlstand, an der inneren Stabilität und an einer lebenswerten Umwelt.

Die Stadt und die Region Hannover soll genauso wie unser Land Deutschland von ehrlichen und unabhängigen Persönlichkeiten regiert werden, die als Vertreter des Volkes uneigennützig und verantwortungsbewusst zum Wohle heutiger wie zukünftiger Generationen handeln.

Zum Selbstverständnis der HANNOVERANER zählen die Stärkung und die Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaat im Rahmen einer verfassungsmäßigen Ordnung.

Sie begreifen das deutsche Volk auch in Hannover als den höchsten Souverän in der Demokratie, dessen Wille von den gewählten Politikern respektiert und in praktisches Handeln umgesetzt werden muss.

Wir HANNOVERANER wünschen uns eine ehrliche, offene und transparente Politik.

Eine Diffamierung, bzw. Diskriminierung politisch Andersdenkender Demokraten lehnen wir ebenso ab wie die in der Politik leider weit verbreitete Heuchelei und das „Messen mit zweierlei Maß“.

Wir sind gegen eine übertriebene „Wokeness“, ebenso wie gegen eine übertriebene „Political Correctness“.

Jeglichen Versuch, sogenanntes „Cancel Culture“ bei unliebsamen Veranstaltungen u.ä, zu praktizieren, lehnen wir ebenfalls ab.

Denn nur so lässt sich – davon sind wir überzeugt – ein noch weiteres Ansteigen der Politikverdrossenheit vermeiden.

## **2) Kampf gegen Extremismus**

Wir fordern die verantwortliche Politik und die Justiz im Kampf gegen den Extremismus und seiner fanatischen Anhänger zu einer Null-Toleranz-Strategie auf!

Wir sind gegen Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus.

Wir treten entschlossen dem Antisemitismus, der Ausländer- und der Deutschenfeindlichkeit entgegen! Zum Wohle *aller* Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und der Region Hannover.

## **3) Bürger und Demokratie**

Keine Denkverbote und Einschüchterung von politisch anders denkenden Demokraten!

Keine Eingriffe von staatlicher und nicht-staatlicher Seite in die Meinungsfreiheit!

Ja zur mehr Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene, welche die Kommunalpolitik dann auch zu respektieren und umzusetzen hat.

Der Oberbürgermeister und der Regionspräsident sollten keiner Partei angehören.

Nominiert werden sollten von den Parteien OB- und Regionspräsidenten Kandidatinnen und Kandidaten ohne Parteibuch.

Weniger Einfluss, weniger „Filz“ der Parteien:

Die Dezernentinnen und Dezernenten sollten ebenfalls keiner Partei angehören. Was zählt, ist allein die fachliche Qualifikation und nicht das „richtige“ Parteibuch.

#### **4) Öffentliche Sicherheit – Hannover muss wieder attraktiv werden!**

Die Sorgen, Ängste und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur im Bezug auf die öffentliche Sicherheit in Hannover, müssen von der Politik endlich ernster genommen werden als bisher!

Thema Raschplatz, Weißekreuzplatz und andere teils „problematische“ Plätze in der City:  
Wir verstehen die Probleme der Trinker und der Drogensüchtigen.

Dennoch sind wir HANNOVERANER der Auffassung: Das Wohl und die Interessen der Mehrheit aller Bürgerinnen und Bürger zählt mehr, als das Wohl und die Interessen von Wenigen!

Die offene Rauschgift- und Trinkerszene am Raschplatz und auch an anderen Stellen der City kann nicht geduldet werden! Besucher der hannoverschen Innenstadt werden dadurch verschreckt.

Hannover muss in Zukunft deutlich entschlossener gegen die zunehmende Vermüllung der gesamten Stadt vorgehen.

Wir HANNOVERANER fordern in diesem Zusammenhang mehr Kontrollen und deutlich höhere Bußgelder, um der zunehmenden Vermüllung der Stadt entgegenzuwirken.

Hannover muss in Zukunft deutlich konsequenter als bisher gegen gewerbsmäßige Bettelbanden -auch wenn diese schon weniger wurden- vorgehen! Denn diese „verschrecken“ potentielle Besucher der City .

Hannover verzeichnet immer mehr Gewalttaten, schwere Körperverletzungen und Messerstechereien. Gleichzeitig treiben organisierte Diebesbanden, die es oft auf Senioren abgesehen haben, in der Innenstadt ihr Unwesen.

Die niedersächsische Landeshauptstadt ist seit Jahren bereits unter den Top 3 der gefährlichsten Städte in Deutschland.

Auch wenn die politisch Verantwortlichen gern das Gegenteil behaupten:  
Hannover ist unsicher!

Wir HANNOVERANER fordern daher: Die Stadt Hannover muss sich konsequent für eine harte Linie bei der Bekämpfung von Kriminalität einsetzen!

Keine Kuscheljustiz!

Null Toleranz bei Gewalt-, Sexual- und Intensivtättern! Opferschutz geht vor Täterschutz!  
Harte und kompromisslose Bekämpfung der Jugendgewalt!

Die Stadt Hannover muss sich dafür einsetzen, dass Straftäter besonders bei Delikten wie Körperverletzung, Sexualstraftaten, Diebstahl und auch beim Missbrauch von Sozialleistungen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen!

Der städtische Ordnungsdienst muss deutlich besser bezahlt und in Zukunft auch entsprechend gut ausgerüstet sein. Dazu zählen u.a. Bodycams, Diensthunde und eine entsprechende Ausrüstung, um sich ggf. zur Wehr setzen zu können.

Wir setzen uns ein für gemeinsame Streifengänge von städtischem Ordnungsdienst zusammen mit der Polizei. Zumindest in Gegenden mit erhöhter Kriminalität. Der städtische Ordnungsdienst und die Stadt Hannover müssen die Polizei und die Justiz unterstützen, wo immer es nur geht.

Wir fordern einen Ausbau der Videoüberwachung von Kriminalitäts-Schwerpunkten, sowie ebenfalls eine Videoüberwachung in Bussen und Bahnen sowie in Bahnhöfen und bestimmten Haltestellen.

Etliche Fälle aus anderen Städten haben gezeigt: Videoüberwachung wirkt! Sie hilft, die Täter zu identifizieren.

Ferner fordern wir, dass die Stadt sich einsetzt für ein konsequentes und hartes Vorgehen gegen kriminelle Clans.

Verwaltung und Stadt Hannover müssen sich für eine schnelle und konsequente Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern und Asylbewerbern einsetzen. Das gilt vor allem dann, wenn diese während ihres Aufenthaltes straffällig geworden sind.

Schuss- und Stichwaffen müssen in der gesamten Innenstadt (innerhalb des Cityrings) an sieben Tagen in der Woche durchgehend verboten sein. Das Verbot muss durch engmaschige regelmäßige Kontrollen durchgesetzt werden. Verstöße müssen konsequent geahndet werden.

Und schließlich: Bei den Tätern muss ENDLICH Ross und Reiter benannt werden! Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Auch hier gilt: Ein Schönreden, Verschweigen, Kleinreden hilft keinem und wird nur zur einem weiteren Anstieg der Politikverdrossenheit führen.

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER möchte Hannover wieder sicherer und lebenswerter machen. Im Interesse aller Menschen, die rechtstreu in unserer Stadt leben.

Damit Jeder und Jede sich jederzeit in Hannover sicher fühlen kann.

## **5) Wohnungspolitik**

Wohnen muss wieder bezahlbar werden und darf nicht arm machen!

Schaffung von mehr kleineren Wohneinheiten wie z.B. 3-Zimmer Wohnungen mit etwas geringerer Wohnfläche sowie 1- und 2-Zimmer Wohnungen.

Vereinfachung des Wohnungsbaus durch deutlich weniger Bürokratie, Vorschriften und Auflagen.

Keine weiteren Erhöhungen der Grundsteuer; sondern stattdessen eine Reduzierung derselben, um potenzielle Investoren/Gewerbetreibende anzulocken.

Ferner möglichst eine komplette Abschaffung der Grunderwerbssteuer, um auf diese Weise den Kauf von Wohneigentum gerade auch für junge Familien zu vereinfachen.

Bei der Schaffung von neuem Wohnraum in Hannover muss es möglich sein, in Zukunft auch mehr „in die Höhe“ zu bauen. Hochhäuser dürfen generell kein Tabu mehr darstellen. Auch eine nachträgliche bauliche „Aufstockung“ zur Schaffung von Wohnraum auf Flachdachgebäuden sollte forciert werden, sofern die statischen Voraussetzungen auf den Gebäuden dafür vorhanden sind.

Ferner muss geprüft werden, ob und wie ehemalige Gewerbeobjekte möglichst kostengünstig zu Wohnraum umgewidmet werden können und eine „Nachverdichtung“ der Stadt durch das Schließen von Baulücken realisiert werden kann.

Der soziale Wohnungsbau muss deutlich ausgeweitet werden. Allerdings muss dabei realistisch festgestellt werden, dass der Bau von günstigem Wohnraum wirtschaftlich unter den momentanen Bedingungen (hohe Preise für Material und Handwerker, zu viel Bürokratie) kaum zu realisieren ist.

Eine sog. „Ghettobildung“ muss durch ein intelligentes Quartiersmanagement unbedingt vermieden werden.

Alleinstehende Personen, welche allein in sehr großen Wohnungen leben, sollten durch interessante finanzielle Anreize dazu veranlasst, bzw. ermutigt werden, in kleinere Wohnungen umzuziehen.

Es ist schon seit langen ein „Tabuthema“ in der Politik: Einer der Gründe für die angespannte Lage am Wohnungsmarkt ist auch die starke, illegale Zuwanderung aus anderen Ländern. Daher ist es nicht nur aus diesem Grund dringend notwendig, die illegale Migration zu beenden.

Asylbewerber im laufenden Anerkennungsverfahren sowie geduldete, vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer sollten grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in eigenen Wohnungen untergebracht werden, um so die Nachfrage nach günstigem Wohnraum in Hannover im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu dämpfen.

Der Abriss von alten, nicht-denkmalgeschützten Häusern muss -wo immer es geht- vermieden werden! Ein wirksames Mittel zum Erhalt von historischen Gebäuden ist die Erhaltungs-Satzung, welche unserer Meinung nach öfter angewandt werden sollte.

## **6) Familie**

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER nimmt zur Kenntnis, dass Familien heutzutage nicht mehr nur aus „Vater, Mutter und Kind(ern)“ bestehen. Es gibt viele Formen der Familie und des Zusammenlebens. Das einzige, was dabei wirklich zählt, ist dass man gemeinsam glücklich ist.

Wir HANNOVERANER sprechen uns für eine deutlich stärkere Förderung von Betriebskittas aus.

Damit einhergehend ist es unerlässlich, dass der Beruf der Erzieherin / des Erziehers attraktiver gestaltet wird. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt liegen da insbesondere auch im finanziellen Bereich.

Familien mit Kindern müssen mehr zur Verantwortung gezogen werden: Es kann und darf nicht sein, dass Kitas und die Schule die Versäumnisse des Elternhauses ausgleichen müssen.

Kinder müssen in Zukunft deutlich besser als bisher vor Vernachlässigung geschützt werden: Wir HANNOVERANER fordern daher regelmäßige verbindliche Vorsorgeuntersuchungen.

Die Mitarbeiter der Jugendämter müssen mit deutlich mehr Rechten ausgestattet sein, um bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung schnell und konsequent einschreiten zu können.

Bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung: Regelmäßige und vor allem unangemeldete Kontrollbesuche des Jugendamtes bei der entsprechenden Familie.

Zur Eindämmung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen fordern wir den verstärkten Einsatz von minderjährigen Testkäufern in den Märkten und an Kiosken.

Für eine stärkere Unterstützung von allein erziehenden Müttern und Vätern.

Für eine regelmäßige und unangemeldete Kontrolle der Zustände in den Alten- und Pflegeheimen

Für eine stärkere Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Senioren

## **7) Verkehrspolitik**

Wir HANNOVERANER sind der Überzeugung: Ein gutes Nebeneinander von allen Verkehrsteilnehmern ist möglich. Wenn alle Beteiligten sich ein wenig Mühe geben.

Ideologie hat in der Verkehrspolitik nichts zu suchen. Jeder muss selbst und ohne irgendeine Art der Bevormundung entscheiden können, welches Verkehrsmittel er bzw. sie wählt.

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER ist strikt gegen das von mehreren Seiten propagierte Konzept einer autofreien Innenstadt!

Eine autofreie Innenstadt schadet dem Einzelhandel in der City und wäre nicht nur wirtschaftlich unverantwortlich.

Daher: Keine Schikanen! Hannover muss für Autofahrer attraktiv bleiben!  
Hannover braucht insgesamt ein gutes und leistungsfähiges Straßensystem

Die Stadt Hannover rühmt sich gern für ihre „Toleranz und Vielfalt“: Doch genau diese „Toleranz und Vielfalt“ gilt in Hannover scheinbar nicht für Autofahrer.

Tempo 30 Zonen nur in bestimmten Seitenstraßen bzw. vor Schulen, Kitas und Pflegeheimen.

Keine Tempo 30 Zonen auf Hauptverkehrsstraßen!

Keine Sperrung von Straßen, da so der Verkehrsfluss behindert wird.

Keine „Verschmälerung“ des Cityrings, da diese Maßnahme ebenfalls Staus und eine starke Behinderung des Verkehrsflusses zur Folge hätte.

Auf möglichst allen Hauptverkehrsstraßen sollte es eine „grüne Welle“ geben, welche ebenfalls zu einer deutlichen Verflüssigung des Verkehrs beitragen würde.

Es sollte geprüft werden, ob und wenn ja, welche großen Ampelkreuzungen mittelfristig durch Kreisverkehre ersetzt werden könnten.

Mehr grüne Rechtsabbiegerpfeile an Ampeln und mehr ampelfreie Rechtsabbiege-Spuren, wo immer es baulich und verkehrstechnisch zu realisieren ist.

Ja zu günstigen bzw. günstigeren Parkgebühren in der City.

Entwicklung eines Konzeptes, wonach Personen, die in einem Geschäft in der Innenstadt für eine noch festzulegende Summe X eingekauft haben, kostenlos parken können.

Auch sprechen wir HANNOVERANER uns für die Wiedereinführung der „Brötchentaste“ an kostenpflichtigen Parkplätzen aus.

Maßnahmen der Überwachung des fließenden Verkehrs und hier insbesondere Geschwindigkeitskontrollen haben ausschließlich dem Zweck zu dienen, Unfallschwerpunkte zu entschärfen und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Sie dürfen nicht von der Stadt Hannover oder den Kommunen der Region missbraucht werden, um zusätzliche Einnahmen für die Stadtkasse zu generieren.

Ja zum weiteren Ausbau des ÖPNV Netzes. Nur ein wirklich attraktiver ÖPNV (und nicht Zwang oder Schikane!) wird die Menschen evtl. dazu bringen, vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Dazu zählt auch eine Taktverdichtung des ÖPNV, wo immer dieses möglich ist.

Eine von Teilen der Bevölkerung gewünschte und sicherlich auch ökologisch sinnvolle autofreie bzw. autoarme Innenstadt ist unserer Meinung nach zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu realisieren.

Hierzu bräuchte es zum einen vor allem einen deutlich attraktiveren und besser vernetzten ÖPNV, oder auch große, kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstadt.

Allerdings: Der ökologisch wünschenswerte Umstieg auf den ÖPNV ist allein schon aus Kapazitätsgründen nur begrenzt möglich und lässt sich schon aus diesem Grund nicht erzwingen.

Bau von Buscaps (Haltebuchten für Busse), wo immer es möglich ist. Damit der Verkehr sich in Zukunft nicht mehr hinter den haltenden Bussen staut.

Ja zum weiteren Ausbau des Radwegenetzes. Investitionen in diesen Bereich werden von uns HANNOVERANERN unterstützt.

Unabhängig davon sind wir HANNOVERANER gegen den Wegfall von Parkplätzen in Wohngebieten zugunsten von Velorouten.

Keine Umbenennung von Straßen ohne die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Anlieger.

Thema E-Scooter: Da es leider nicht möglich war, klare verbindliche Regeln für die Nutzung der E-Scooter durchzusetzen und da die Scooter mittlerweile für sehr viele Bürger zu einem großen Ärgernis geworden sind, fordern wir HANNOVERANER eine offizielle Abstimmung über den Verbleib bzw. die Abschaffung der E-Scooter in Hannover (nach dem Vorbild der Stadt Paris). Das Ergebnis soll für die Ratsgremien bindend sein.

## **8) Wirtschaft**

Keine Privatisierung von Betrieben / Unternehmen der elementaren Daseinsvorsorge! Krankenhäuser, Rettungsdienst, Stadtwerke, Aha, ÖPNV... müssen weiter in kommunaler Hand bleiben.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt: Kein Verkauf vom „Tafelsilber“. Keine Privatisierung von städt. Unternehmen, um so die Stadtkasse zu füllen.

Deutlicher Abbau von Bürokratie und Auflagen. Zu viele Auflagen und zu viel Bürokratie zerstört die Wirtschaft. Deswegen: Ja zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik, um Hannover so für Investoren und Unternehmer interessanter zu machen.

Genehmigungs- und Planungsverfahren verkürzen

Günstige Grundstücke für gewerbliche Investoren von außerhalb

Mittelständische Unternehmen stärken, fördern und wo möglich entlasten: Denn es ist vor allem der Mittelstand, der in unserer Stadt und Region die Arbeitsplätze schafft. Ziel muss eine Erhöhung der Selbständigen-Quote in Hannover sein.

Schaffung der Stelle eines Mittelstandsbeauftragten für Hannover.

Vergabe von städtischen Aufträgen an Unternehmen aus der Region, soweit dieses gesetzlich möglich ist

Eine für Autofahrer gut und leicht erreichbare City mit günstigen Parkgebühren stärkt die kommunale Wirtschaft! (Siehe Programmpunkt Verkehr).

Im Interesse aller Angestellten, nicht nur im Verkauf: Nein zu verkaufsoffenen Sonntagen! Der Sonntag sollte ein Tag der Ruhe sein und bleiben. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

## **9) Finanzen und Verwaltung**

Die städtischen Finanzen reichen für die Erfüllung aller Wünsche nicht aus.

Steuer- und Gebührenerhöhungen müssen vermieden werden. Gleiches gilt für die Aufnahme neuer Schulden.

Wir sprechen uns für eine Senkung der Grundsteuer B aus. Gebühren wie zum Beispiel Parkgebühren, Eintritte, etc. müssen so niedrig wie möglich gehalten werden, damit Hannover für auswärtige Gäste attraktiver wird.



Das von der hannoverschen Bevölkerung hart erarbeitete Steuergeld muss vorrangig für die Interessen ebenjener Steuerzahler verwendet bzw. ausgegeben werden.

Alle getätigten Ausgaben sollten dem Wohl und den Interessen der Gemeinschaft und nicht den Interessen Weniger gelten.

Keine städtischen Fördergelder für bloße „Prestigeprojekte“, mit denen sich bestimmte Politiker lediglich „ein Denkmal setzen wollen“.

Im Interesse der uns nachfolgenden Generationen: Stopp der von „links“ und „grün“ so oft und gern praktizierten Schuldenpolitik.

Konsequente und regelmäßige Kontrolle aller städtischen Ausgaben auf ihre Zweckmäßigkeit. Konsequentes „Durchforsten“ des städtischen Zuwendungsverzeichnisses.

Keine städtischen Fördergelder mehr für zweifelhafte / dubiose Zuwendungsempfänger! Dazu zählen insbesondere auch Zuwendungsempfänger, welche die Fördergelder für wie auch immer geartete politische Arbeit nutzen oder die ein unklares Verhältnis zu radikalen Gruppierungen haben.

Städtische Zuwendungen an Vereine, Projekte, Organisationen müssen mit Bedacht und zweckmäßig vergeben werden: Kein „Gießkannenprinzip“! Wichtig ist, dass die Arbeit des Zuwendungsempfängers einen nachweisbaren Nutzen für die gesamte Stadtgesellschaft hat.

Keine Gefälligkeits-Zuwendungen an das Sympathisanten-Klientel der Machthabenden.

Synergie-Effekte bei Zuwendungen: Zahlungen an mehrere Empfänger mit ein und der gleichen Zielsetzung lehnen wir ab.

Sparvorschläge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung stärker honorieren.

„Außerplanmäßige“ Steuereinnahmen müssen zu 100% in den Schuldenabbau fließen.

Insgesamt sind die deutschen Kommunen im Verhältnis zu den Leistungen, die sie erbringen müssen, unterfinanziert, zumal ihnen vor allem durch den Bund immer neue Belastungen auferlegt werden. Die Bundesregierung sollte das Geld der Steuerzahler vorrangig den Kommunen zur Verfügung stellen. Die HANNOVERANER verlangen deshalb einen anderen Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Land und Gemeinden für die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder.

Das kreative Potential der Einwohner sollte genutzt werden, indem ein kommunales Vorschlagswesen gegen die Verschwendung von Steuergeldern eingeführt wird.

Bei der Vergabe von Dezernenten-/ und anderen Führungspositionen in der Verwaltung gilt, wie bereits erwähnt: Nicht das Parteibuch, sondern einzig nur die Qualifikation zählt!

Ein weiteres „Aufblähen“ der Verwaltung muss durch eine deutliche effizientere Stellenplanung vermieden werden. Möglichst jede einzelne Stelle in der Verwaltung sollte auf ihre Effizienz und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Bei notwendigen Neueinstellungen sollte vermehrt die Möglichkeit genutzt werden, auch Quereinsteiger, welche keine Verwaltungsausbildung haben, einzustellen.

Nein zum „Genderzwang“! Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter in der Verwaltung und darüber hinaus in allen Bereichen der gesamten Stadt und Region Hannover muss frei entscheiden können, wie er bzw. sie spricht und schreibt.

Sanieren und gestalten statt Sanierungsstau verwalten: Bei städtischen Gebäuden, etc. muss ein Sanierungsstau, der letztlich deutlich teurer wird als regelmäßige Wartung, vermieden werden.

## **10) Bildung, Schule, Kita**

DIE HANNOVERANER halten ein durchlässiges dreigliedriges Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium nach wie vor für die beste Struktur, um den unterschiedlichen Begabungen der jungen Menschen gerecht zu werden.

Wir sagen ganz klar: Leistung muss sich lohnen! Das sogenannte Leistungsprinzip darf nicht „ausgehebelt“ werden.

DIE HANNOVERANER nehmen aber auch zur Kenntnis, dass die Haupt- und Realschule bzw. die sog. Oberschule nach und nach auf die Funktion einer „Restschule“ mit vorrangig sozialpädagogischen Aufgaben reduziert worden ist.

Die aktuell favorisierte Gesamtschule sollte nicht zur Regelschule werden. Sie sollte ein Angebot unter vielen verschiedenen Bildungsmöglichkeiten bleiben, sodass eine Auswahl unter verschiedenen pädagogischen Angeboten für die Eltern und/oder Erziehungsberechtigten weiterhin möglich bleibt.

Die Senkung des allgemeinen Bildungsniveaus ist eine Gefahr, der alle Schulformen ausgesetzt sind. Sie kommt immer dann zustande, wenn Regelschulen eine hohe Anzahl von Kindern aus Parallelgesellschaften, die sich schon seit Jahrzehnten der Integration in Deutschland verweigert haben, ausweisen und nun zusätzlich noch mit Zuwanderern und den Erfordernissen der Inklusion konfrontiert werden. Dem muss entgegengewirkt werden.

Die Stadtverwaltung sollte sich beim Land Niedersachsen dafür einsetzen, dass nicht-lernwillige Schülerinnen und Schüler entsprechende Konsequenzen ihres Handelns spüren. Ein „Durchschleppen“ solcher Schüler darf es zukünftig nicht mehr geben.

Jedes Kind muss bei der Einschulung zwingend ausreichende Deutschkenntnisse haben. Hier müssen auch die Eltern mit in die Pflicht genommen werden.

„Chancengleichheit“ bei der Bildung liegt nach Meinung der HANNOVERANER nicht nur am Geldbeutel der Eltern, sondern in erster Linie am Willen, das eigene Kind bestmöglich zu unterstützen. Eltern, welche ihrem Kind völlige Freiheit zum Beispiel beim Medienkonsum lassen, handeln hier unverantwortlich.

Wir HANNOVERANER befürworten eine generelle Lehrmittelfreiheit an allen Schulen, sowie kostenloses Schulessen für alle Schülerinnen und Schüler. Dieses sollte auch eine entsprechende Obstmahlzeit in der ersten größeren Pause enthalten.

Dass den Schülerinnen und Schülern dabei ein breites Angebot aus mehreren Fleisch und auch fleischlosen Gerichten präsentiert werden sollte, versteht sich von selbst. Wer gern Schweinefleisch essen möchte, muss diese Möglichkeit selbstverständlich bekommen, ebenso wie Schülerinnen und Schüler, die vegane Gerichte bevorzugen.

An vielen Schulen besteht, nicht nur im Bereich der Schultoiletten, ein dringender Sanierungsbedarf. Unter dem Programmpunkt „Finanzen“ haben wir bereits darauf hingewiesen:

„Das von der hannoverschen Bevölkerung hart erarbeitete Steuergeld muss vorrangig für die Interessen ebenjener Steuerzahler verwendet bzw. ausgegeben werden.“

Ausgaben für die Sanierung von Schulen gehören unserer Meinung nach definitiv dazu.

Die viel gelobte Inklusion ist weitgehend gescheitert. Wir HANNOVERANER wünschen uns daher im Interesse aller Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf eine Rückkehr und eine Stärkung der Förderschulen.

Arbeitgeber, welche Schülerinnen und Schülern aus Förderschulen eine Ausbildung ermöglichen, sollten entsprechend stark finanziell gefördert, bzw. während der Ausbildung entlastet werden.

In Deutschland herrscht Schulpflicht. DIE HANNOVERANER erwarten, dass die Schulpflicht konsequent und ausnahmslos durchgesetzt wird. Hierbei müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden.

Ja zur weiteren Digitalisierung an unseren Schulen. Jedoch nicht zu dem hohen Preis, dass die Schülerinnen und Schüler verlernen, zum Beispiel handschriftlich zu schreiben oder ein gebundenes Buch zu lesen.

Thema Gewalt an Schulen: Wir erwarten in einem ersten Schritt, dass endlich „Ross und Reiter“ benannt werden! Von wem geht die Gewalt aus? Ein Kleinreden und/oder Relativieren von offensichtlichen Problemen hilft keinem!

Lehrkräfte, die die Probleme offen beim Namen nennen, dürfen keine Angst vor negativen Konsequenzen haben.

Gewalttaten und andere Straftaten an Schulen müssen absolut konsequent verfolgt und geahndet werden. Strafmündige, gewalttätige oder sonst wie straffällig gewordene Schüler ab 14 Jahren müssen behandelt werden wie richtige Straftäter. Mit allen Konsequenzen.

Wir HANNOVERANER befürworten den Einsatz von Sicherheitsdiensten an sämtlichen Schulen in Brennpunktgebieten. Selbstverständlich muss dieser Sicherheitsdienst personell und materiell entsprechend gut ausgestattet sein und über weitreichende Kompetenzen verfügen.

Einführung einer Meldepflicht bei Gewalt und/oder Mobbing gegen Schüler und/oder Lehrer

Des Weiteren fordern wir die Einführung einer Meldepflicht bei rechtsextremen und zwingend auch bei islamistischen Vorfällen an unseren Schulen.

Die unabhängige Wählergemeinschaft spricht sich für eine Einführung von einheitlicher Schulkleidung aus. Diese stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und hilft gegen Ausgrenzung.

Ehrenamtliche Netzwerke für Lern- und Lesepartnerschaften müssen stärker gefördert werden.

„Schule mit Courage – Schule gegen Rassismus“: Bedauerlicherweise ist es so, dass die Realität an vielen Schulen mit dieser „Auszeichnung“ eine andere ist: „Couragiert“ vorgegangen wird oft nur dann, wenn ein Schüler mit Migrationshintergrund beleidigt o.ä. worden ist. Diskriminierungen von migrantischen Schülern gegen Schüler ohne Migrationshintergrund („Deutschenfeindlichkeit“) oder gar antisemitische Ausfälle werden an diesen Schulen zu oft ignoriert.

DIE HANNOVERANER fordern daher die Rücknahme dieser „Auszeichnungen“ und den Stopp sämtlicher Fördergelder für dieses Projekt.

Der Beruf der Erzieherin / des Erziehers muss deutlich attraktiver werden, um mehr junge Leute für diesen Beruf zu begeistern. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt legen da insbesondere auch im finanziellen Bereich. (Siehe dazu auch den Programmpunkt „Familie“)

## **11) Soziales**

Hilfsbedürftigen Personen muss selbstverständlich geholfen werden.

DIE HANNOVERANER wollen, dass in erster Linie den wirklich und nachweislich Bedürftigen geholfen wird!

Aus diesem Grund fordern wir auch eine strikte Kontrolle der Sozialleistungen, um Missbrauch/Betrug zu vermeiden.

Personen, welche sich auf betrügerische Weise unberechtigt Sozialleistungen erschleichen, müssen zukünftig hart, konsequent und wirksam bestraft werden.

Senioren, müssen in vielerlei Hinsicht, nicht nur finanziell, sondern auch mit weiteren sozialen Programmen, stärker unterstützt werden.

Die Hilfe und die Unterstützung für unsere Senioren, die in der Regel ein Leben lang hart gearbeitet und damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet haben, ist wichtiger als die Unterstützung für Personen, welche noch nie einen einzigen Euro in unser Steuersystem einbezahlt haben.

Selbstverständlich möchten wir HANNOVERANER, dass allen wirklich und nachweislich bedürftigen Personen geholfen wird. Da die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel jedoch begrenzt sind, ist es unerlässlich, entsprechende Prioritäten zu setzen.

Obdachlose Personen müssen die Möglichkeit haben, in Würde zu leben: Für eine menschenwürdige, von den Obdachlosen auch akzeptierte Unterbringung und Betreuung. Ein Grund für die steigende Anzahl von Obdachlosen in der Stadt und damit auch für die zunehmenden Probleme bei der Unterbringung ist auch die Armuts-Zuwanderung aus Osteuropa. Diese muss, soweit möglich (da es sich um EU Bürger handelt), unterbunden werden.

Mitarbeiter von städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollten gemeinsam mit einem Sozialarbeiter obdachlosen Personen aktiv bei der Wohnungssuche helfen. Ausfüllen von Bewerbungsbögen u.ä.)

Jugendlichen und jungen Leuten mit Problemen muss geholfen werden. Auch hier befürworten wir das System „Fördern und Fordern“. Es ist nicht Aufgabe der Jugendhilfe, teilweise bewusst „faulen“ jungen Leuten die Arbeit abzunehmen. Hilfe zur Selbsthilfe ist besser als eine Rundum-Betreuung.

Die Qualität der von den diversen Vereinen und Organisationen angebotenen Jugendarbeit muss stärker als bisher regelmäßig auch auf ihre Effizienz hin kontrolliert werden. Jugendarbeit muss politisch neutral sein und bleiben! Das gilt insbesondere auch für die Jugendzentren in der Stadt. Vereine, Organisationen, etc., welche sich daran nicht halten, sind von der städtischen finanziellen Förderung auszuschließen.

## **12) Zuwanderung und Integration**

"Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe"

In den 60er und 70er Jahren kam es in der Bundesrepublik zu einer Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern. Sie wurden mit befristeten Verträgen zumeist in der industriellen Massenabfertigung und im Bergbau eingesetzt, also Arbeitsbereichen, die zu der damaligen Zeit keine großen Qualifikationen verlangten, jedoch einen großen Arbeitskräftebedarf aufwiesen.

Nach dem Anwerbestopp 1973 kehrten einige Arbeitsmigranten in ihre Heimat zurück, andere holten ihre Familien aus den Herkunftsländern nach und entschieden sich so, langfristig in Deutschland zu bleiben.

Wohingegen sich viele der ehemaligen „Gastarbeiter“ in Deutschland hervorragend integrierten, kam es leider gerade bei den vorwiegend islamisch geprägten Gruppierungen zur Bildung von Parallelgesellschaften.

Deren Angehörige sind mittlerweile in der dritten und vierten Generation in Deutschland ansässig, haben zum größten Teil die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, identifizieren sich jedoch leider zu häufig mit dem Heimatland ihrer Großeltern und weniger mit dem Land, in dem ihr eigentlicher Lebensmittelpunkt liegt.

Religionsgemeinschaften, die auch aus dem Ausland finanziert werden, unterstützen diese bedenkliche Absonderungen.

Rücksichtnahmen auf vermeintlich „kulturelle“ Besonderheiten, hinter denen sich häufig fundamentalistische Radikalisierungen verstecken, werden von den Angehörigen dieser Parallelgesellschaften eingefordert und leider auch von der herrschenden Ideologie einer scheinbaren „Vielfalt“ mit Sonderrechten bedacht.

Anstatt Probleme, die durch und mit diesen Parallelgesellschaften entstehen, bewusst zu benennen und dagegen vorzugehen, werden sie von den politisch-kulturellen Eliten negiert.

Auf diese Art und Weise wird nicht Integration, sondern – im Gegenteil – die Fragmentierung unserer Gesellschaft gefördert.

Großangelegte mafiöse Strukturen, die sogenannte „Clankriminalität“, haben in Deutschland Fuß gefasst und tragen dazu bei, dass die Sicherheitslage in den Großstädten von der Bevölkerung zunehmend als prekär empfunden wird.

Darüber hinaus ist unser Land von Armutszuwanderung aus der EU genauso belastet, wie von den Auswirkungen einer Zuwanderung, die seit 2015 den Migrationsdruck auf unser Land verschärft hat.

Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe. Diese Hilfe muss jedoch ortsnah erfolgen. Eine Flucht über mehrere Ländergrenzen hinweg, mit dem Ziel, in Deutschland zu leben, vermittelt aber eher den Eindruck, dass es sich bei diesen Menschen weniger um Asylanten als um Wirtschaftsflüchtlinge handeln muss.

Solche kommen wegen der erhofften sozialen und wirtschaftlichen Wohltaten, die sie sich in und von Deutschland erhoffen, in unser Land und tragen dazu bei, dass Sozialleistungen immer mehr eingeschränkt werden müssen, auch um der höheren Anzahl von Hilfsempfängern Rechnung zu tragen.

DIE HANNOVERANER befürworten eine möglichst zügige Einführung der sog. Bezahlkarte. Diese bietet die Möglichkeit, die Zuwanderung zu begrenzen und verhindert, dass Gelder, welche eigentlich dem Lebensunterhalt in Deutschland dienen sollen, in die Heimatländer der Geflüchteten transferiert werden.

Des Weiteren befürworten DIE HANNOVERANER eine Arbeitspflicht für Asylsuchende, wie sie bereits in einigen ostdeutschen Kommunen eingeführt wurde.

Auch übt diese o.g. Form der Zuwanderung Druck auf die städtische Infrastruktur aus, wodurch Wohnungsknappheit und ein überfüllter ÖPNV begünstigt wird.

Ein Teil dieser Einwanderer weist nur wenige Qualifikationen auf, sodass eine Integration in eine Gesellschaft, deren größtes Kapital das Wissen darstellt, sich schwierig gestalten wird.

Eine „Integration“ dieser Einwanderungsgruppe in bestehende Parallelgesellschaften, wie sie schon jetzt teilweise an unseren städtischen Schulen erfolgt, erzeugt darüber hinaus neue Probleme, deren zukünftige Auswirkungen wir durch einen Blick auf Frankreich erahnen können.

Diese von einigen propagierte und geförderte multikulturelle Gesellschaft, gleicht weniger einem bunten und freundlichen Markttreiben, wie es sich so mancher vorstellen mag, sondern erzeugt ein tristes Nebeneinander von verschiedenen Ethnien und Kulturen, die auf keine gemeinsamen Werte und Normen zurückgreifen können und diese beständig, auch durch Konflikte, neu aushandeln müssen.

DIE HANNOVERANER fordern ein grundsätzliches Umdenken in der Zuwanderungsfrage.

Sie erwarten einerseits von den schon dauerhaft hier lebenden Ausländern eine weitestgehende Integration und Assimilation gemäß den Regeln des Gastgeberlandes und andererseits eine klare, auch zahlenmäßige Begrenzung und Steuerung zukünftiger Zuwanderung durch die politisch Verantwortlichen.

Die Zuwanderung hat in erster Linie den Interessen Deutschlands zu dienen.

Die Integration von Ausländern wird nur gelingen, wenn die Zahl der zu uns kommenden Menschen aus anderen Kulturkreisen begrenzt bleibt, der kulturelle Abstand der Migranten zur deutschen Bevölkerung nicht zu groß ist und die Zuwanderer über geeignete berufliche Qualifikationen verfügen, damit sie ihren Lebensunterhalt in Deutschland ohne staatliche Unterstützung durch Erwerbsarbeit bestreiten können.

DIE HANNOVERANER verlangen von den Zuwanderern nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine langfristig angelegte kulturelle Anpassung.

Unter Integration ist die schrittweise Identifikation eines Zugewanderten mit Deutschland als seiner Heimat zu verstehen. Dazu gehört auch die Nutzung der deutschen Sprache.

Als verbindliche Richtlinie für die von den Zugewanderten zu erbringende Anpassungsleistung hat die sog. „deutsche Leitkultur“ zu gelten.

Sie basiert auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf unserer Rechtsordnung und auf den Werten der abendländischen Kultur Europas, die durch Christentum, Aufklärung und Humanismus geprägt ist.

Die Einbürgerung der Zugewanderten und damit der Erwerb staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben nicht am Anfang, sondern erst am Ende es erfolgreichen Integrationsprozesses zu stehen.

Es hat der Grundsatz zu gelten: Keine Partizipation ohne Integration!

DIE HANNOVERANER sagen klar „Ja“ zur Religionsfreiheit! Allerdings gilt auch hier wie in vielen anderen Bereichen: Jede/r soll seine Religion , seinen Glauben frei leben, sofern dadurch keine anderen Individuen benachteiligt werden.

Eine „Bevorzugung“ von bestimmten Religionen und/oder Ethnien muss unbedingt vermieden werden.

Die Politik und die Verwaltung von Stadt und Region Hannover müssen deutlich konsequenter als bisher gegen islamistische Tendenzen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft vorgehen!

Es muss unmissverständlich klar sein: In Deutschland bzw. In Hannover gilt ausschließlich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland! Jeglicher wie auch immer zum Ausdruck gebrachter Wunsch nach einer „Einführung von Regeln der Scharia“ muss zwingend unterbunden werden.

Generell ist festzuhalten:

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER hat keinerlei Probleme mit Menschen aus anderen Ländern, Kulturen oder Religionen!

Womit wir allerdings ein sehr großes Problem haben, dass sind Personen,

- die Frauen und Andersdenkende wie Menschen zweiter Klasse behandeln
- die Meinungsverschiedenheiten mit Gewalt lösen wollen
- die in welcher Form auch immer unverhältnismäßig aggressiv oder gewaltbereit sind
- die sich Sozialleistungen erschleichen oder die auf andere Weise kriminell sind
- die dem Staat auf welche Weise auch immer „auf der Nase herumtanzen“

Offensichtlich vorhandene Probleme im Bereich der Integration müssen endlich offen und ehrlich und ohne Angst vor eventuellen negativen Konsequenzen benannt werden!  
Selbstverständlich sachlich, konstruktiv und ohne zu „pauschalisieren“!  
("Der Ton macht die Musik")

Ein Verschweigen, Relativieren oder Kleinreden von Problemen verschlimmert diese nur und wird zu einem weiteren Ansteigen der ohnehin zu hohen Politikverdrossenheit führen.

Für uns gilt der folgende Grundsatz, der eigentlich für alle gelten sollte:

Wer unsere Werte verachtet, hat hier nichts zu suchen.

Oder um es mit den Worten des großen deutschen Dichters Johann Wolfgang von Goethe zu sagen: „*Wer sich den Gesetzen nicht fügen will, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.*“

Jedem muss klar sein bzw. werden:

Eine berechtigte Kritik an einem Fehlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund ist kein „Rassismus“!

### **13) Umwelt**

Im Bereich der Umweltpolitik gilt ebenso wie bei der Verkehrspolitik:  
„Fakten statt Ideologie“.

Wir HANNOVERANER sagen klar „Ja“ zu Umwelt- und Klimaschutz.

Alle politischen Entscheidungen müssen jedoch aufgrund von klaren wissenschaftlichen Erkenntnissen getroffen werden. Ideologie ist hier fehl am Platze.

DIE HANNOVERANER nehmen den fortschreitenden Klimawandel mit Sorge zur Kenntnis und sehen die Notwendigkeit des Handelns, um dem Klimawandel im Rahmen unserer – kommunalen – Möglichkeiten entgegenzuwirken.

Uns ist bewusst, dass dieser (Klimawandel) in erster Linie global bekämpft werden muss bzw. kann. Dennoch halten wir es für richtig, dass auch auf kommunaler Ebene durch die Ergreifung von sinnvollen Maßnahmen mit gutem Beispiel vorangegangen wird.

Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten auch auf kommunaler Ebene sinnvoll und nachhaltig sein und keinesfalls aus „ideologisch“ motivierten Gesichtspunkten ergriffen werden.

Die unabhängige Wählergemeinschaft DIE HANNOVERANER spricht sich nicht generell gegen die Energiewende aus. Allerdings muss der Übergang langsam erfolgen. Kernkraft und Kohlekraftwerke werden mit Sicherheit noch deutlich länger benötigt werden, als von einigen politischen Akteuren gewünscht.

Umwelt- und energiepolitische Maßnahmen müssen die Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Zwang (zum Beispiel beim Thema Photovoltaik, aber auch bei anderen umwelt- und klimapolitischen Themen), lehnen wir ab.

Für den Erhalt unserer Kleingärten! Keine Zerstörung von langjährig gewachsenen Kleingartenkolonien zum Zwecke der Wohnbebauung.



Ja zu mehr „Grün“ in der City. Aber mit Augenmaß! Bei der begrüßenswerten Begrünung von Dächern, Fassaden, Haltestellen, etc. darf die aufwändige Pflege der Flächen nicht aus den Augen verloren werden.

Schaffung von Grünflächen / Blumenwiesen als Lebensräume für Insekten in der City. Auf Verkehrsinseln ebenso wie auf den hannoverschen Kreisverkehren.

#### **14) Kultur und Sport**

Kultur muss politisch neutral sein und bleiben. Sie darf nicht zur politischen Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger missbraucht werden.

Alte Traditionen und Brauchtümer (besonders „typisch auch hannoversche“) sollten gefördert werden, damit sich lebendig bleiben.

Alte Wörter aus dem hannoverschen Sprachgebrauch sollten nicht in Vergessenheit geraten.

Die Mittel zur finanziellen Förderung von Vereinen, Organisationen, etc. sind begrenzt. Daher: Weniger Fördergelder für politisch nicht-neutrale Vereine, dafür mehr Förderung für unsere Sportvereine. Die Schließung von Sportvereinen muss verhindert werden.

Für eine bessere Vernetzung von Sportvereinen mit Schulen und Kindertagesstätten

Ja zu sportlichen Großveranstaltungen in Hannover.

Auch hier gilt: Es geht um den Sport und um Spaß! Ideologie, ganz gleich welcher Art, hat hier nichts zu suchen.

Sport kann die Integration fördern! Doch auch hier gilt: Integration ist keine Einbahnstraße.

In Hannovers Schwimmbädern und besonders in den Freibädern müssen konsequente und strenge Kontrollen mit entsprechenden Sanktionen stattfinden: Übergriffe und Zustände wie in Freibädern anderer Städte wie zum Beispiel Berlin, müssen unbedingt vermieden werden. Wer sich im Schwimmbad nicht an die Regeln halten kann oder will, muss im Interesse der „friedlichen“ Gäste mit entsprechend harten Sanktionen rechnen.

Die von einigen Seiten favorisierte generelle Erlaubnis für ein „oben-ohne-Baden“ lehnen wir HANNOVERANER ab.

Das Image von Hannover in Deutschland und der Welt ist „ausbaufähig“! Wir fordern daher mehr Mut auch zu ausgefallenen Kampagnen, um das Negativ-Image der „langweiligen grauen Maus“ abzulegen!

Hannover ist – was kaum jemand weiß – eine Hansestadt! Diese Tatsache sollte touristisch deutlich mehr hervorgehoben werden.